I. **Anmeldung**

TOP:

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 29.06.2018

öffentlich

Betreff:
Sachbeschädigung in Schulen;
Erwirkung von Mahnbescheiden gegen die Täter

Anlagen:

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):
Im November 2015 kam es zu zahlreichen Einbrüchen in Nürnberger Schulen, bei denen erheblicher Sachschaden entstand.
Die Täter wurden - soweit strafmündig - mit rechtskräftigem Urteil des Amtsgerichts Nürnberg - Jugendschöffengericht - vom 03.08.2016 deswegen zu Jugendstrafen auf Bewährung verurteilt.
Im Hinblick auf den (zivilrechtlichen) Schadensersatz wurden durch RA bereits Mahn- und Vollstreckungsbescheide erwirkt. Bezüglich des Einbruchs in das Sigena-Gymnasium am 21.11.2015 (Schadenssumme 38.637,41 Euro) bzw. in die Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule am 20.11.2015 (Schadenssumme 30.255,58 Euro) bedarf die Verfahrenseinleitung der Beschlussfassung durch den Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Prozessrisiko

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Vorgang betrifft ausschließlich bestimmte Personen, die sich durch unerlaubte Handlungen schadensersatzpflichtig gemacht haben.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

II. **Herrn OBM**

III. **RA/KVB**

Nürnberg,

(2362)